

Josef Göppel

- (A) tionen, Nichtregierungsorganisationen und Medien sprechen. Dieses Dreieck hat im Zusammenspiel eine Verhandlungsdynamik entwickelt, die letztlich das Scheitern verhindert hat. Das ist ein Erfolg für sich. Gleichwohl heißt das noch lange nicht, dass wir uns damit jetzt zufriedengeben können.

Ich habe jetzt zum achten Mal eine Klimakonferenz miterlebt, am Anfang unter Umweltminister Trittin, dann unter Sigmar Gabriel und jetzt eben unter Norbert Röttgen. Jeder Minister hat auf seine Weise in seiner jeweiligen Amtszeit dafür gesorgt, dass Deutschland eine drängende Rolle einnimmt. Ich finde, es ist wichtig, dass wir als deutsches Parlament über Partei- und Koalitionsgrenzen hinweg in dieser Frage einheitlich in eine Richtung arbeiten.

In diesem Zusammenhang, Herr Bundestagspräsident, habe ich eine Bitte: Ich finde es nicht gut, dass der Ältestenrat gesagt hat, dass die Genehmigung für die Teilnahme einer begleitenden Parlamentarierdelegation an einer Klimakonferenz zum letzten Mal ausgesprochen wurde. Gerade die Beteiligung der Abgeordneten neben dem Verhandlungsapparat der Beamten ist eine wichtige Hilfe und Ergänzung für die Positionierung unserer Bundesregierung. Das hat man in Durban ganz besonders gespürt. Deswegen sollten wir diese gute Tradition auch fortsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Guter Klimaschutz stärkt unser Land. Wir hatten zum Beispiel ein Gespräch mit der Delegation von Uruguay. Auf die Frage an den Umweltminister von Uruguay, was ihm und seinem Land am meisten nützen würde, kam prompt die Antwort: Geben Sie uns deutsche Technik. – Das ist das Entscheidende.

Die Frage von Oppositionskollegen, wie es weitergeht, ist die richtige Frage. Ich möchte Sie in dem Zusammenhang aber auf den vor wenigen Tagen erfolgten Beitrag von Minister Röttgen aufmerksam machen. Darin legt er dar, wie er sich den Masterplan zur weiteren Umsetzung der Energiewende in Deutschland vorstellt. Dabei geht es darum, dass die erneuerbaren Energien eine Größenordnung erreichen, die auch eine Qualitätsveränderung bedeutet. Wenn die Erneuerbaren einen Anteil von über 20 Prozent an der Stromversorgung haben, kommt diesem Bereich mehr Verantwortung zu. Ich erwähne in dem Zusammenhang ein flexibles und nachfrageorientiertes Angebot sowie die Entwicklung von Speichertechnologien.

Ich finde, es ist wichtig, dass wir Deutsche die technologische Herausforderung annehmen. Meine Kollegen Thomas Gebhart und Christian Ruck haben hier schon gesagt, dass die anderen Länder das deutsche Experiment beobachten und mit einer gewissen Faszination darauf schauen, dass sich ein so starkes Industrieland wie Deutschland vollkommen auf den Pfad hin zu einer kohlenstofffreien Energieversorgung begibt. Das ist eine Herausforderung für unser Land, zugleich aber auch eine Riesenchance für die wirtschaftliche Entwicklung

- Deutschlands im Hinblick auf seine Stärke auf den Weltmärkten. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Minister Röttgen hat in diesem Konzept für einen Masterplan ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er für die Anhebung des europäischen Reduktionszieles auf 30 Prozent sowie für die rasche Zustimmung Deutschlands zur Energieeffizienzrichtlinie eintritt. Genau diese beiden Dinge brauchen wir auch.

(Beifall des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

Die Redner der Opposition haben recht, wenn sie sagen, dass unser Energie- und Klimafonds bei einem Preis von 6,50 Euro für ein Emissionszertifikat in sich zusammenfällt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es kommt entscheidend darauf an, wo die Europäische Union die Grenze ansetzt.

Wir haben in Durban sicher eine Atempause bekommen und haben die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Aber wir müssen jetzt innerhalb unseres Landes und innerhalb der Europäischen Union unter Beweis stellen, dass wir diesen Weg entschlossen weitergehen.

Ich durfte, wie gesagt, zum achten Mal bei einer derartigen Konferenz dabei sein und möchte meinen persönlichen Eindruck wiedergeben. Zum ersten Mal habe ich gespürt, dass die Europäische Union bei einer solchen Weltkonferenz das Gesetz des Handelns befolgte und die Entwicklung bestimmte. Das wünsche ich mir auch im nächsten Jahr in Katar. Die Entschlossenheit unseres Bundesumweltministers lässt daran keinen Zweifel. (D)

Ich möchte auch den Oppositionskollegen, die eben hier gesprochen haben und in Durban dabei waren, dafür danken, dass sie die persönliche Leistung des deutschen Bundesumweltministers und seinen Anteil am Verhandlungserfolg anerkannt haben. Diese Einigkeit stärkt insgesamt den Klimaschutz – und damit auch unser Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Debatte vor der UN-Klimaschutzkonferenz in Durban hat die SPD die schwarz-gelbe Klima-, Energie- und Umweltpolitik heftig kritisiert, namentlich die Rolle der Bundeskanzlerin, des Bundeswirtschaftsministers und auch des Bundesumweltministers.

Wir haben damals angesprochen, dass es falsch ist, ohne Position zu den Klimaschutzzielen der Europäischen Union dorthin zu fahren. Und in der Tat: Bis Mai

Ulrich Kelber

- (A) wird der Deutsche Bundestag jetzt entscheiden müssen. Das heißt, das Drücken vor einer Antwort auf die Frage, ob die Europäische Union die Emission von Treibhausgasen um 30 Prozent reduzieren soll oder nicht, wird bei Schwarz-Gelb nicht mehr durchgehen können.

Wir haben uns darüber beschwert, dass die nationalen Fördermittel für erneuerbare Energien im Wärmebereich, für Energieeffizienz und für neue Technologien erst heruntergefahren und jetzt teilweise wieder hochgefahren worden sind. Dieses Hü und Hott hat natürlich zur Folge gehabt, dass niemand investiert hat, weil sich niemand darauf verlassen konnte, ob die Zuschüsse kommen. Hier brauchen wir eine verlässlichere Politik.

Unser Hauptkritikpunkt – der vorhin bereits zu einer Auseinandersetzung zwischen uns geführt hat, Herr Bundesumweltminister – betrifft die Nichteinhaltung von Zusagen. Dies ist mir so wichtig, dass ich es – neben der Zwischenfrage von vorhin an Sie, Herr Dr. Ruck – noch einmal erwähnen will: Die Bundesrepublik Deutschland hat eine Zusage gemacht, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe und insbesondere die Armutsbekämpfung dort auszugeben.

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Unter Ihrer Regierung!)

– Unter unserer Regierung; und Sie haben es mit übernommen und bekräftigt.

- (B) Wenn wir dann im Jahr 2009 auf einer Konferenz als Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch Bundeskanzlerin Merkel, sagen: „Wir werden zusätzliches, frisches, neues Geld einsetzen zur Bekämpfung des Klimawandels“, dann ist es unmoralisch, das mit dem Geld zu verrechnen, das man für die Armutsbekämpfung bereits zugesagt hatte. Das ist unsere Kritik.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch nicht in Ordnung, wenn die Bundeskanzlerin im Jahr 2008 auf einer Konferenz sagt: „Ich gebe für die Erhaltung der Artenvielfalt, der Biodiversität eine Zusage von 500 Millionen Euro“, und ein Jahr später auf einer Konferenz sagt: „Ich werde zusätzliches frisches Geld geben“, und dann diese 500 Millionen Euro mit der neuen Zusage verrechnet. Auch das ist unredlich. Das ist unwahrhaftig. Deswegen werden wir das auch in Zukunft eine Lüge nennen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anders bewerten wir das Verhalten und die Rolle der Bundesregierung in Durban. Sie haben eine Unterstützung der dänisch-deutschen Initiative durch die SPD erhalten. Wir haben es auch unterstützt, eine harte Linie gegenüber den Verweigererstaaten wie USA, Kanada und China zu fahren. Wir haben uns insbesondere gefreut, dass der Vorschlag, den wir als SPD in der Debatte vor Durban gemacht haben – das Thema „Allianzen bilden“ –, dort in hervorragender und vorbildlicher Weise aufgenommen wurde. Darin war Gemeinsamkeit enthalten.

Wir unterscheiden uns etwas in der Bewertung. Ja, Durban ist ein Fortschritt gegenüber Kopenhagen und auch ein kleiner Fortschritt gegenüber Mexiko. Herr Bundesumweltminister, es ist aber keineswegs ein großer, wegweisender Durchbruch; es ist kein historischer Durchbruch, und es ist kein fundamentaler Wechsel in der Klimaschutzpolitik. (C)

Das alles waren Ihre Worte. Verdammt noch mal, geht es einmal eine Nummer kleiner? Nicht immer das eigene Handeln so überhöhen! Nicht alles, was aus dem Bundesumweltministerium kommt, ist ein Jahrtausendwerk.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Es handelt sich nach wie vor nur um die vage Absicht, ein Weltklimaabkommen zu beschließen. Es ist eine fragwürdige Verbindlichkeit. Auch haben wir das Ganze mit dem hohen Preis erkaufte, dass in Zukunft die wissenschaftliche Basis gefiltert wird, die in der Vergangenheit eins zu eins an die Öffentlichkeit gegangen ist. Deswegen ist es so wichtig, bei dem zu bleiben, was tatsächlich passiert ist, und nicht bei den Leuten den Eindruck zu erwecken, es sei mehr passiert. Schüler, die auf der Tribüne sitzen, hören jetzt seit zehn Jahren – seit sie in ihrem Leben vielleicht manchmal Nachrichten hören – immer: Das war der Durchbruch bei den internationalen Klimaverhandlungen.

(Otto Fricke [FDP]: Im Zweifel werden sie nicht mehr in der Schule sein!)

Tatsache ist aber, dass wir nicht vorankommen. Man macht die Leute mürrisch, wenn man ihnen zu viel verspricht. (D)

Ich glaube, der erfolgversprechendste Ansatz – das haben wir in Durban gesehen – ist die Frage der Allianzen; das hatten wir vor wenigen Wochen hier in der Debatte bereits erwähnt. Diese Allianzen müssen wir vorantreiben. Sie müssen allerdings zu dauerhaften und tiefgehenden Allianzen werden; eine einmalige Allianz auf einer Klimakonferenz reicht nicht aus.

Deswegen machen wir den Vorschlag, den Dialog der 120 Staaten fortzusetzen, ihn allerdings zu ergänzen, und zwar um eine Klimaschutzallianz der 64 Staaten. Die bald 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union plus Island, Norwegen, Schweiz und Türkei holen sich 32 Partnerstaaten unter den Entwicklungs- und Schwellenländern Afrikas und Lateinamerikas ins Boot. Das geschieht mit einer klaren Finanzierung von Fast-Start-Initiativen – also Anpassung an den Klimaschutz –, mit einem Emissionshandel innerhalb dieser Initiative, der den Finanztransfer regelt, und mit einem tiefgehenden Wissens- und Technologietransfer. Gleichzeitig verpflichten sich alle auf Begrenzung oder Senkung der Emissionen. Damit hätten wir ein echtes Vorbild, wie es funktionieren kann.

Wir müssen uns tatsächlich überlegen, den Grenzausgleich als Druckmittel zu nutzen. Ich glaube, die Formel „Klimaschutz gleich Innovation gleich wirtschaftlicher

Ulrich Kelber

- (A) Erfolg“ stimmt; aber sie stimmt nicht immer gleichzeitig in allen Branchen. Wir erleben, dass insbesondere in Nordamerika in manchen Branchen versucht wird, mit Ökodumping Wettbewerb zu machen. Da müssen wir sagen: Wer 2015 nicht Unterzeichner einer international verpflichtenden Vereinbarung werden will, wird damit rechnen müssen, dass er dadurch auch im internationalen Handel wirtschaftliche Nachteile hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen brauchen wir einen Grenzausgleich, also Importzölle auf Waren aus solchen Ländern und einen Grenzausgleich für Exporte in solche Länder, damit wir 2015 nicht noch einmal ein Weiter-so auf einer internationalen Klimaschutzkonferenz akzeptieren müssen, damit wir uns nicht nur auf den UN-Prozess verlassen müssen, sondern die mutigen, weitsichtigen Staaten vorgehen und damit neuen Druck in die internationalen Klimaschutzverhandlungen bringen können. Dann können die nächsten Verhandlungen ein größerer Erfolg werden, als es die Konferenz in Durban war.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Andreas Jung hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Andreas Jung (Konstanz) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal einen Dank an die Bundesregierung aussprechen: Die Bundesregierung, insbesondere Bundesumweltminister Norbert Röttgen als Leiter der Verhandlungen in Durban,

(Ulrich Kelber [SPD]: Der ist gar nicht mehr da!)

hat deutlich gemacht: Auch wenn es derzeit große Herausforderungen innerhalb der Europäischen Union zu bewältigen gibt und wir den Kampf um den Euro zu führen haben, hat der Klimaschutz nicht an Bedeutung verloren. Im Gegenteil: Der Klimaschutz bleibt wichtig; er ist eine entscheidende Frage und hat in der Politik der Bundesregierung und der Koalition Priorität, weil es hier um Lebensgrundlagen, aber auch um wirtschaftliche Fragen geht. Deshalb ist es richtig, dass unterstrichen wurde: Für uns hat die Klimapolitik einen hohen Stellenwert. Dafür hat man sich vor der Konferenz in Durban eingesetzt; es wurde in Durban deutlich gemacht. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Michael Kauch [FDP])

Es ist im Rahmen der Debatte gesagt worden: Schönfärberei hilft uns nicht weiter. – Dem stimme ich zu; aber ich will hier eindeutig sagen: In dieser Debatte und in

Durban ist in keiner Weise Schönfärberei betrieben worden. Die Einschätzungen von Minister Röttgen sowie der Vertreter der Bundesregierung und der Koalition waren doch realistisch. Einerseits sagt man: Das, was erreicht wurde, ist nicht das, was notwendig gewesen wäre; es ist nicht die Antwort auf die Herausforderungen, nicht das, was wir erreichen wollen, nämlich dass alle Partner – die USA, China, die großen Schwellenländer und die Industriestaaten – sagen: Wir stehen in der Verantwortung, bekennen uns zu den Minderungszielen und sind bereit, sie schon jetzt umzusetzen. Dafür hat die Bundesregierung mit der Europäischen Union gekämpft und geworben, aber es konnte jetzt noch nicht erreicht werden; das ist wahr. Es war realistisch, vorher zu sagen: Wir werden es in Durban nicht erreichen. Das ist das eine.

Andererseits freuen wir uns darüber, dass festgestellt werden kann: Das, was auf dieser Konferenz erreicht werden konnte, was möglich war, ist erreicht worden. Das Scheitern lag vor und während der Konferenz in Durban buchstäblich in der Luft; aber es konnte abgewendet werden. Es ist erreicht worden, dass wichtige Schritte vereinbart wurden und man zum ersten Mal gesagt hat: Wir alle – auch die USA und China – kommen unter einem Dach zusammen und wollen bis 2015 dieses Abkommen aushandeln. Das ist erst die halbe Miete – das wissen wir –, aber es ist ein entscheidender Schritt. Insofern geht von diesem Gipfel in Durban ein wichtiges Signal aus.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Sebastian Blumenthal [FDP])

(D) Es wird immer wieder die Koalition der Willigen angemahnt. Das Neue an dieser Konferenz ist doch, dass es in der Tat gelungen ist, eine Koalition aus der Europäischen Union und den wenigen engagierten Partnern in den Industriestaaten sowie denjenigen, die besonders unter dem Klimawandel leiden – die Staaten in Afrika und die Inselstaaten, bei denen es buchstäblich um die Frage des Überlebens geht –, zu schmieden. Man hat gemeinsam gesagt: Wir nehmen euch – die Amerikaner, die Chinesen, diejenigen, die bremsen und nicht mitmachen wollen – in die Pflicht. Erst das hat den moralischen Druck erzeugt, der es ermöglicht hat, dass es am Ende tatsächlich zu diesem Schritt kam.

Manchmal werden diese Gipfel, die Verhandlungen unter dem Dach der UN, infrage gestellt: Ist das überhaupt das richtige Format? Kommen wir da überhaupt weiter? Wahr ist: Wir kommen auch hier zu langsam voran. Aber alle anderen Alternativen wären nicht besser. Gerade diejenigen innerhalb der G 20, die geholfen haben, den Druck zu erzeugen, waren nicht dabei. Es ist unsere gemeinsame Überzeugung, dass es zu diesem schwierigen Weg unter dem Dach der UN keine Alternative gibt. Deshalb müssen wir ihn weitergehen.

Schönfärberei hilft nicht weiter – das behauptet hier auch keiner –, schlechttreden hilft noch weniger weiter, schlechttreden schadet. Deswegen habe ich mich über den einen oder anderen Beitrag gewundert. Einerseits wurde gesagt, ihr wart zu denen, die nicht mitmachen wollten, zu nett, andererseits wurde gesagt, zu denen, die